

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische
Jugendsozialarbeit
Ansprechpartnerin: Gisela Würfel
Wagenburgstraße 26-28, 70184 Stuttgart,
Tel. (0711) 16 489-20,
Fax (0711) 16 489-21
wuerfel@bagejsa.de, www.bagejsa.de

Presseinformation

Für Ausbildung für alle Jugendlichen!

Signale und Vorschläge an die Politik am 19. Juni in Kassel

Stuttgart, den 20.06.2013: Die Situation von jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz oder Arbeit stand im Mittelpunkt der Fachveranstaltung „Das Recht auf Ausbildung und Arbeit: Chancen, Risiken und (Neben)Wirkungen“ am 19. Juni in Kassel. 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Jugendämtern, Jobcentern, Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und Fachinstituten waren gekommen.

„Der demografische Wandel löst das Problem nicht“, sagte Norbert Litschko, Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA), bei seiner Einführung in die gemeinsam mit den Diakonischen Werken in Hessen und Nassau und in Kurhessen-Waldeck und der Initiative PRO ARBEIT durchgeführten Veranstaltung. Das zeigten die neusten Zahlen aus dem Berufsbildungsbericht 2013, so Litschko. Weiterhin fänden bundesweit insgesamt fast 270.000 Jugendliche nach der Schule keinen Ausbildungsplatz. Um die berufliche Integration von benachteiligten jungen Menschen zu verbessern, gäbe es also nach wie vor erheblichen Handlungsbedarf – auch für die neue Regierung ab Herbst 2013.

Wie müssen die Angebote der beruflichen Integrationsförderung gestaltet werden, dass sie eine nachhaltige Wirkung erzielen können? Zum Beispiel so wie im Lernbetrieb des Evangelischen Vereins für Jugendsozialarbeit in Frankfurt (www.ejuf.de). Hier findet produktionsorientiertes Lernen und Ausbildung statt und es können Schulabschlüsse nachgeholt werden. Fünf Jugendliche, die am Tag zuvor ihren qualifizierten Hauptschulabschluss erhalten hatten, waren mit nach Kassel gekommen. „Wir arbeiten seit vielen Jahren sehr erfolgreich,“ sagt Evelyn Rogowski, Leiterin des Lernbetriebs. „Damit die Arbeit weitergeht, müssen wir uns aber immer wieder neu darum kümmern, wie die Finanzierung gesichert werden kann.“

Die Ziele im Übergangssystem seien klar, es doktorten aber zu viele Akteure daran herum und kochten ihr eigenes Süppchen, so die Einschätzung von Prof. Dr. Stefan Sell. Er schlägt vor, „Jugendagenturen“ auf kommunaler Ebene in Verbindung mit einer Finanzierung durch einen gepoolten Fonds zu bilden, um individuell und nachhaltig helfen zu können. Die „Jugendagenturen“ müssten ein eigenes Budget mit relativ hohen Freiheitsgraden haben. Die Basis für die Zusammenarbeit aller Beteiligten müssten verbindliche Kooperationsnormierungen in den relevanten Sozialgesetzbüchern und in den Schulgesetzen der einzelnen Bundesländer sein.

Wie kann ein Recht auf Ausbildung umgesetzt werden? In einem von der Journalistin Katja Irle moderierten Gespräch gab es dazu unterschiedliche Einschätzungen: Er sei nicht grundsätzlich gegen eine Ausbildungsgarantie, sagte Peter Weißler von der Arbeitsagentur (Regionaldirektion Hessen). Er sei allerdings skeptisch in Bezug auf die Realisierbarkeit, wenn damit das Recht auf eine betriebliche

Ausbildung gemeint sei. Möglichkeiten zu außerbetrieblicher Ausbildung müssten auch darin enthalten sein. Die Kosten für die Umsetzung eines Rechts auf Ausbildung sei zu Beginn recht hoch, so Matthias Köpp vom Deutschen Landkreistag. Langfristig sei das aber eine gute Investition und führe nicht zu dauerhaft hohen Kosten. Heiner Brülle aus dem Sozialdezernat der Stadt Wiesbaden hält es für wichtiger, dass jedes Kind und jeder Jugendliche ein Recht auf 12 Jahre Bildung hat. Jetzt sei es so, dass leistungsstarke Jugendliche 12 bis 13 Jahre zur Schule gehen, während Jugendliche mit schlechten Startchancen nach neun Jahren mit der Schule abschließen müssen. Das sei nicht gerecht. Jeder Jugendliche müsse die Möglichkeit haben, einen Abschluss in der Schule zu machen, in der er gestartet ist. So könne auch ein Mindeststandard der Inklusion erfüllt werden.

Welche sozial- und arbeitsmarktpolitischen Anforderungen muss ein neues Regierungsprogramm erfüllen? Antworten dazu geben zwei Kampagnen, die bei der Veranstaltung vorgestellt wurden. Beide zielen im Vorfeld der Bundestagswahl darauf ab, die Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Bundestag auf die Situation von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz oder Arbeit aufmerksam zu machen, sie zu informieren und sie darin zu bestärken, dass sie sich im Rahmen ihrer Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten für diese Jugendlichen einsetzen.

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit: www.der-jugend-eine-stimme-geben.de

Initiative PRO ARBEIT – Öffentlich geförderte Beschäftigung: www.initiative-pro-arbeit.de